

IN KÜRZE

Flugzeugentführer versetzt Frankfurt in Angst

FRANKFURT/MAIN – Grossalarm über Frankfurt: Mit einem entführten Kleinflugzeug hat ein vermutlich geistig verwirrter 31-Jähriger am Sonntag stundenlang Polizei und Bevölkerung der Stadt in Atem gehalten. Der Entführer kreiste – von Phantom-Düsenjägern der Bundeswehr verfolgt – mit dem Motorsegler über der Innenstadt und drohte damit, sich auf ein Hochhaus zu stürzen. Nach Verhandlungen mit der Polizei gab er auf und landete nach knapp zwei Stunden auf dem Frankfurter Flughafen. Er wurde festgenommen und leistete keinen Widerstand. Der Flughafen war komplett gesperrt worden, Teile der Frankfurter Innenstadt waren geräumt worden, der Hauptbahnhof wurde evakuiert.

Letzte Chance für Nordkorea

WIEN – Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) hat die Regierung Nordkoreas am Montag in deutlichen Worten aufgefordert, ihr verdecktes Atomprogramm einzustellen und die Inspektoren der IAEA sofort wieder ins Land zu lassen. IAEA-Generaldirektor Mohamed ElBaradei warnte, wenn Pjöngjang seine Politik nicht ändere, werde die IAEA feststellen, dass das Land seinen internationalen Verpflichtungen nicht nachkommen sei, und den Fall an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen weiterleiten. Die nordkoreanische Regierung wurde in einer Resolution aufgefordert, sich an die vertraglich eingegangenen internationalen Verpflichtungen zu halten und sich sofort mit der IAEA zusammenzusetzen.

Nigerianischer Präsident gewinnt Vorwahl



ABUJA – Der nigerianische Präsident Olusegun Obasanjo hat sich bei den Vorwahlen seiner Partei mit grosser Mehrheit durchgesetzt. Damit tritt er bei der Wahl am 19. April erneut als Präsidentschaftskandidat an, wie ein Parteisprecher am Montag in Abuja mitteilte. Obasanjo errang 77 Prozent der Stimmen. Seine drei Herausforderer erlitten damit eine schwere Schlappe. Selbst sein Hauptrivale, der ehemalige Vizepräsident Alex Ekwueme, würde nur von 18 Prozent der mehr als 3000 Delegierten der Demokratischen Volkspartei (PDP) gewählt. Obasanjos Wahl hatte 1999 einer 15 Jahre währenden Militärdiktatur ein Ende gesetzt.

Wachsender Unmut über Frankreichs Regierung

BORDEAUX – An der auf 200 Kilometern von Öl verschmutzten französischen Atlantikküste wächst der Unmut über die Regierung in Paris. Die Region Aquitanien forderte am Montag den Einsatz von 1500 bis 2000 Soldaten zur Reinigung der Strände. «Wir brauchen die Armee», sagte der Präsident des Regionalrats, Alain Rousset. Präfekt Christian Fremont kündigte an, die Zahl der freiwilligen Helfer werde in den nächsten Tagen deutlich aufgestockt. Die Behörden sorgten sich über die Auswirkungen der Ölpest auf den Tourismus.

Hochwasser überstanden?

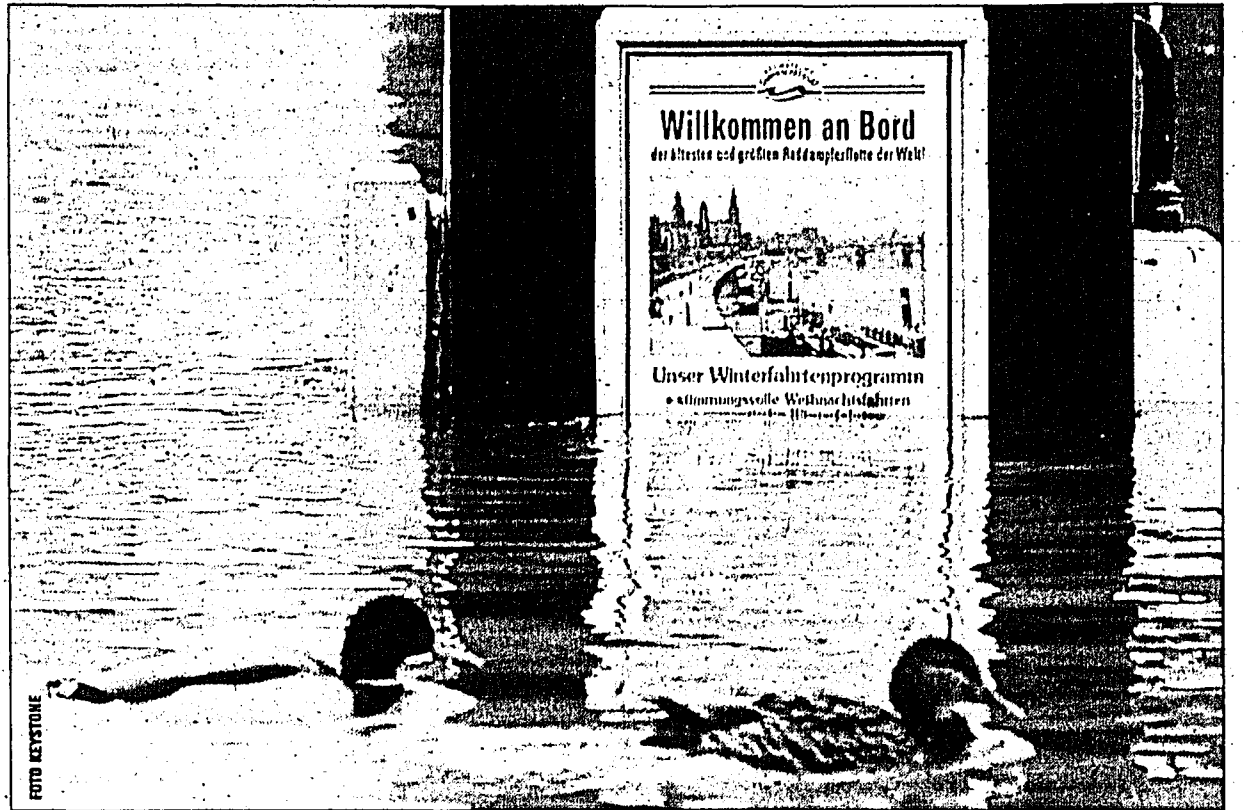
Lage entspannt sich weitgehend – Nur noch wenige Flüsse steigend

WÜRZBURG – Das Winterhochwasser ist so gut wie überstanden: An Rhein und Mosel gaben die Hochwassermeldezentren am Montag Entwarnung, auch an den meisten anderen Flüssen gingen die Pegelstände zurück oder stiegen langsamer und weniger stark als befürchtet.

Lediglich am Main und an der Unstrut in Thüringen konnte noch keine Entwarnung gegeben werden. Aber auch dort wie an der Elbe in Sachsen und Sachsen-Anhalt waren die Fluten weniger hoch als zunächst angenommen.

In Würzburg blieb der Scheitel des Mains in der Nacht zum Montag mit 6,47 Meter knapp unter der kritischen Marke von 6,50 Meter, ab der die Stadt überflutet worden wäre.

Bei den übrigen Flüssen in Süddeutschland gingen die Wasserstände in den meisten Fällen zurück. Auch in Thüringen sank das Hochwasser von Weser und Saale. Hochwasserwarnstufe 3 herrschte aber weiterhin an der Unstrut in dem besonders gefährdeten Landkreis Sömmerda und dem Kyffhäuserkreis. Über die Rückkehr der rund 700 vorsorglich evakuierten Einwohner des Ortes Leubingen soll am heutigen Dienstag entschieden werden. Die Pegelstände der Unstrut blieben gleich



Das Schlimmste scheint überstanden zu sein. Die Enten hat zwar das Hochwasser nicht gestört.

oder sanken nur allmählich, weil der Hauptspeicher Strausfurt überlaufe und das Wasser von den Polderflächen erst wieder in die Unstrut zurück fliessen, hiess es im Umweltministerium.

In Sachsen warteten vor allem die Dresdener auf den Scheitel des Elb-Hochwassers. Laut Landesamt für Umwelt und Geologie wird das Hochwasser die kritische Marke

von sieben Metern voraussichtlich nicht erreichen. Noch sind allerdings zahlreiche Strassen gesperrt.

In Sachsen-Anhalt stieg das Elb-Hochwasser langsam und soll nach Angaben der Behörden Alarmstufe 3 erreichen, nicht jedoch die Pegelstände der Jahrhundertflut im vergangenen August. Die Saale in Halle wies am Nachmittag einen Pegelstand von 6,66 Meter

auf, rund viereinhalb Meter höher als normal. Die Ortsteile Planena mit 52 Bewohnern und Burgholz mit 30 Einwohnern waren vom Wasser eingeschlossen. Erst für den kommenden Donnerstag ist mit einem Fallen des Pegels zu rechnen. Bei Calbe drohte die Saale einen Damm zu überspülen. Der Fluss soll hier heute Dienstag auf 9,10 Meter ansteigen.

Hussein wirft Inspektoren Spionage vor

Rede zum 82. Jahrestag der Gründung der irakischen Armee

BAGDAD/LONDON – Der irakische Machthaber Saddam Hussein hat den UNO-Waffeninspektoren Spionage vorgeworfen. UNO und USA wiesen den Vorwurf zurück. Saddam warnte weiter vor einem Angriff auf sein Land und gab sich siegesicher.

«Am Ende wird der Feind fallen», sagte Saddam am Montag in einer Rede zum 82. Jahrestag der Gründung der irakischen Armee. Die Drohung der USA bezeichnete er als «das Zischen von Schlangen und das Bellen von Hunden».

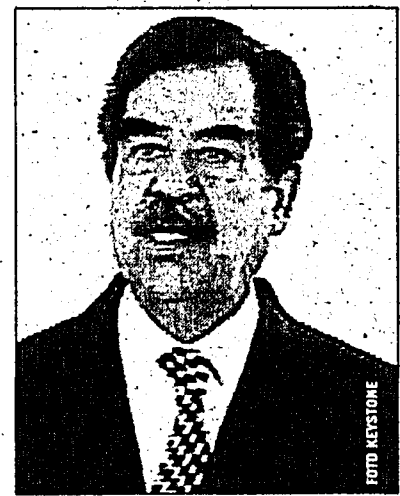
Saddam rief sein Volk zum Widerstand im Fall eines von den USA angeführten Angriffes auf. Er beschuldigte Washington weiter,

die Kontrolle über die gesamte Golfregion anzustreben.

Anstatt die «so genannten» Massenvernichtungswaffen zu suchen und die «Lügen» Washingtons und Londons auszuräumen, würden die Inspektoren irakische Wissenschaftler befragen. Den USA warf er vor, «psychologischen Druck» auf die Kontrolleure auszuüben, damit diese auch von den UNO-Resolutionen ausgenommene Einrichtungen prüften.

UNO-Generalsekretär Kofi Annan hatte 1999 eingeräumt, irakische Spionage-Anschuldigungen gegen die bis 1998 tätige Inspektionsmission UNSCOM seien teilweise zutreffend gewesen. Dies hatte auch Ex-UNO-Inspektor

Scott Ritter mehrfach eingeräumt. Die neuen Vorwürfe Saddams wur-



Saddam Hussein warf den UN-Inspektoren Spionage vor.

den von der UNO und den USA zurückgewiesen. Chefinspektor Hans Blix habe immer klar gemacht, dass er jeden Waffenkontrollleur sofort entlassen werde, der für seine Regierung im Irak nachrichtliche Informationen einhole, sagte ein Blix-Sprecher in New York. Trotz der scharfen Worte aus Bagdad schätzte der britische Ausenminister Jack Straw das Risiko eines Krieges als «erheblich geringer» ein als auch schon. Zu Berichten, wonach ein nicht namentlich genannter britischer Minister die Wahrscheinlichkeit als 60:40 gegen einen Krieg eingestuft hatte, sagte Straw: «Das ist eine ziemlich zutreffende Einschätzung, aber die Situation ändert sich von Tag zu Tag.»

Israel beschliesst Vergeltungsmassnahmen

Palästinenser dürfen nach neuen Anschlägen nicht nach London reisen

JERUSALEM – Nach den Selbstmordanschlägen in Tel Aviv mit über 20 Toten hat das israelische Kabinett am Montag Vergeltungsmassnahmen gegen die Palästinenser beschlossen. Bereits am späten Sonntagabend beschossen israelische Kampfhubschrauber die Stadt Gaza mit Raketen.

Die jüngsten Anschläge wurden international scharf verurteilt. Bundesausenminister Joschka Fischer erklärte, der Terror sei durch nichts zu rechtfertigen. Durch ihn werde kein politisches Ziel zu erreichen sein.

Das israelische Kabinett beriet in einer Nachtsitzung über Reaktionen auf die Anschläge, bei denen

am Sonntag im Zentrum von Tel Aviv mindestens 22 Passanten getötet und mehr als 100 weitere verletzt worden waren. Es war der blutigste Anschlag in Israel seit sechs Monaten. Zwei Selbstmordattentäter hatten sich im Abstand weniger Minuten in die Luft gesprengt.

Als Reaktion auf die Anschläge verschärfte die israelische Regierung die Restriktionen für die Palästinenser. Demzufolge dürfen ranghohe Palästinenser nicht an geplanten Gesprächen über die Reform der Palästinensischen Autonomiebehörde in London teilnehmen, wie ein Berater von Ministerpräsident Ariel Scharon mitteilte.



Nach neuen Selbstmordattentaten herrscht in Gaza wieder Chaos.